



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

108. Sitzung (öffentlich)

29. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:20 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden Günter Garbrecht überein, die Tagesordnung umzustellen und nach dem Tagesordnungspunkt 2 den Tagesordnungspunkt 12 zu beraten. Die Nummerierung der Punkte ändert sich entsprechend.

1 Umsetzung der Pflegegrade in NRW

8

Bericht der MDK Nordrhein und Westfalen-Lippe
Bericht Dr. Klaus Wingenfeld, Universität Bielefeld

(PPP siehe die beiden Anlagen zu TOP 1.)

2 Heimkinderfonds für erlittenes Leid von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie in den Jahren 1949 – 1990, Stand des Verfahrens **21**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4060

Minister Schmeltzer (MAIS) berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss. – Die Obleute werden ermächtigt, eine Erklärung zur Errichtung der Stiftung abzugeben.

3 Kein Abschluss ohne Anschluss – Umsetzungsstand 2016 und weitere Ausbauplanung **25**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4030

Minister Schmeltzer (MAIS) berichtet. Im Anschluss beantworten er und Staatssekretär Dr. Schäffer Fragen aus dem Ausschuss.

4 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten **30**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12068

Der Ausschuss wird am 31. August 2016 eine öffentliche Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchführen.

5 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 92 SGB XI (APG DVO NRW) **31**

Entwurf
der Landesregierung
Vorlage 16/3780

– Beschlussempfehlung zur Herstellung des Einvernehmens mit dem Landtag

Der Ausschuss nimmt die Beschlussempfehlung zur Herstellung des Einvernehmens mit dem Landtag einstimmig an.

Markus Leßmann (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter) beantwortet eine Frage zur Fristverlängerung.

6 Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesundheitsprävention und -förderung voranbringen – Benachteiligung von Jungen und Männern abbauen **33**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12112

Der federführende AGS-Ausschuss wird am 7. September 2016 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zu diesem Antrag durchführen. – Seitens der FDP-Fraktion besteht der Wunsch nach Beteiligung des mitberatenden Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation.

7 Impfen schützt – Strategien zur Verbesserung des Impfschutzes in NRW **34**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12111

Der federführende AGS-Ausschuss wird am 7. September 2016 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen zu diesem Antrag durchführen.

8 Mehr Pflegepersonal für eine menschliche Versorgung und Patientensicherheit **36**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9586 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 16/1298

Der Ausschuss wertet die Anhörung kontrovers aus. Die abschließende Abstimmung ist für den 28. September 2016 geplant.

- 9 Die IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen muss sicher sein – die Gesundheit der Patientinnen und Patienten darf nicht zum Spielball von Kriminellen im Netz werden!** 39

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11216

Ausschussprotokoll 16/1319

Der Ausschuss wertet die Anhörung aus. Die abschließende Abstimmung ist für den 28. September 2016 geplant.

- 10 Bericht über den Sachstand der Umsetzung der Bereichsausnahme des EU-Vergaberechts in NRW in den Bereichen des Rettungsdienstes, des Brandschutzes und des Katastrophenschutzes** 41

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4035

Michael Scheffler (SPD) und Arif Ünal (GRÜNE) begrüßen die erreichte Umsetzung.

- 11 Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge – Entlastung bei den Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung** 42

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9789

Ausschussprotokoll 16/1158

– abschließende Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/9789 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU ab.

Der Ausschuss nimmt den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten (*siehe Anlage*) mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP an.

- 12 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe 45**
- Entwurf
der Landesregierung
Vorlage 16/4009
- Der Ausschuss wird gehört. Er erhebt keine Einwendungen gegen den Verordnungsentwurf.
- 13 Chancen und Risiken des digitalen Arbeitswandels 1 – Click- und Crowd-working 46**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8973
- Ausschussprotokoll 16/1251
- Der Ausschuss wertet die Anhörung aus. Alle Fraktionen sprechen sich für ein gemeinsames Vorgehen bei diesem Thema aus.
- 14 Frühförderung in Nordrhein-Westfalen weiter stärken 49**
- Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10786
- Ausschussprotokoll 16/1313
- Der Ausschuss wertet die Anhörung aus. Die CDU-Fraktion regt gegenüber den regierungstragenden Fraktionen an, einen gemeinsamen Antrag einzubringen.
- 15 Verschiedenes 51**
- a) **ZTG, Zentrum für Telematik im Gesundheitswesen GmbH, Bochum hier: Aufsichtsratsmitglied 51**
- b) **Landesgesetzliche Regelung zu dem auf Bundesebene verabschiedeten Krankenhausstrukturgesetz 51**
- c) **Nächster Sitzungstermin 52**

8 Mehr Pflegepersonal für eine menschliche Versorgung und Patientensicherheit

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9586 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 16/1298

Vorsitzender Günter Garbrecht eröffnet die Auswertung der am 25. Mai 2016 zu diesem Antrag durchgeführten öffentlichen Anhörung von Sachverständigen.

Die Anhörung habe den Antrag seiner Fraktion eindeutig bestätigt, so **Olaf Wegner (PIRATEN)**.

Die Mittel für Pflegestellen und Pflegezuschlag reichten nicht aus. Dabei stehe die Politik in Land und Bund in der Verantwortung, ausreichend Mittel bereitzustellen bzw. sich dafür einzusetzen. Herr Prof. Greß habe dazu gesagt:

„Schaut man sich den Bedarf an Pflegepersonal an, stellt man fest, dass der Umfang des Pflegestellenförderprogramms zu gering ist.“

Herr Dichter habe dazu gesagt:

„Wir begrüßen das Programm ausdrücklich, stellen aber fest, dass 660 Millionen €, die in diesem Rahmen eingestellt sind, viel zu wenig ist.“

Die Investitionskostenförderung seitens der Landesregierung sei zu gering und führe zu einer Verschlechterung der Pflege am Bett. Frau Steffens habe es damit indirekt in der Hand, dass sich die Situation der Pflege am Bett kurzfristig verbessere oder nicht.

Herr Brink habe dazu gesagt, würden bestimmte Investitionen nicht durchgeführt, betreffe das auch die Pflege. Und weiter:

„Fazit: Es wird immer einmal wieder vorkommen, dass in der Güterabwägung Mittel, die wir gut für die Pflege benötigen könnten, zur Realisierung dringender Bauprojekte aufgewandt werden.“

Herr Prof. Greß habe bezogen auf die Krankenhäuser gesagt:

„Offensichtlich haben sie in den letzten 20, 25 Jahren insbesondere am Pflegepersonal gespart, um zusätzliche Investitionsmittel zu generieren.“

Außerdem müsse die Einführung einer Zweckbindung der Mittel für die Pflege am Bett in Erwägung gezogen werden. Die Überwachung der Verwendung dieser Mittel obläge der Landesregierung.

Die Piratenfraktion wolle Doppelstrukturen vermeiden und spreche sich daher gegen die Einberufung einer Landesexpertenkommission parallel zur Bundesexpertenkommission aus. Da die Versorgungssituation in den Krankenhäusern jedoch katastrophal sei und niemand wisse, wann der Bund eine Lösung präsentieren werde, plädierten viele der Sachverständigen für eine Übergangslösung in Nordrhein-Westfalen. Dies

betreffe insbesondere den Umfang des Fachpersonals in den Krankenhäusern an Feiertagen und Wochenenden.

Der vorliegende Antrag werde hinsichtlich Expertenkommission bzw. Pflegehearing sowie Übergangslösung angepasst und in geänderter Form zur nächsten Sitzung vorliegen, kündigt Wegner an.

Ihre Fraktion habe in der Anhörung andere Meinungen wahrgenommen, führt **Angela Lück (SPD)** aus. Es bedürfe eines Bündels an Maßnahmen, um dem Pflegenotstand in Nordrhein-Westfalen wie in ganz Deutschland zu begegnen. Damit seien verschiedene Akteure in der Verantwortung. Die Erfüllung der Forderungen im Antrag der Piratenfraktion helfe an der Stelle nicht weiter. Beispielsweise dürfe die Investitionskostenförderung nicht für die Einstellung von Pflegepersonal verwendet werden.

Da letztlich wohl alle Fraktionen das gleiche Ziel verfolgten, könne man vielleicht gemeinsam die Ergebnisse der Anhörung in einen Antrag münden lassen, um dann die Dinge zu ändern, die sich in Nordrhein-Westfalen ändern ließen.

Arif Ünal (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion habe die Anhörung sehr differenziert wahrgenommen.

Alle Experten hätten sich eindeutig gegen eine Parallelstruktur und somit gegen die Bildung einer Expertenkommission in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen und dafür plädiert, die Ergebnisse auf Bundesebene abzuwarten.

Laut Krankenhausgesellschaft seien in den letzten zehn Jahren die Zahl der Krankenhäuser um 100 und die Zahl der Betten um fast 10.000 gesunken. Nach dem neuen Krankenhausplan würden noch einmal 10.000 Betten abgebaut. Trotz dieser strukturellen Änderung der Krankenhauslandschaft habe das Land für Krankenhausinvestitionen im Haushaltsjahr 2016 fast 24 Millionen € zusätzlich veranschlagt.

Viele Investitionskosten, besonders bauliche Kosten, flössen in die DRG-Kalkulation ein. Daher lasse sich nicht pauschal behaupten, dass die Krankenhäuser das für die Pflege vorgesehene Geld für Investitionen ausgaben.

Die Forderungen des vorliegenden Antrags seien fast alle erfüllt. Es habe immer die Forderung gegeben, die Investitionen der Krankenhäuser paritätisch zu finanzieren, um im Krankenhausbereich Stabilität zu erreichen. Kein Bundesland könne das Finanzierungsproblem allein lösen. Gleichwohl müsse auf Landesebene einiges verbessert werden. Hierzu werde man einen eigenen Antrag vorlegen.

Es sei in der Tat kein Geheimnis, so **Oskar Burkert (CDU)**, dass ein Großteil der DRG-Mittel in Investitionen fließe. Krankenhausvertreter begründeten dies damit, dass Pflegepersonal nur dann beschäftigt werden könne, wenn entsprechende Gebäude zur Verfügung stünden.

Die auf Bundesebene eingesetzte Kommission werde einen Personalschlüssel für alle Kliniken Deutschlands festlegen. Übergänge zu schaffen gleiche Kaffeesatzleserei.

Besser wäre es, Einfluss darauf zu nehmen, dass die Kommission so schnell wie möglich Zahlen, Daten, Fakten vorlege.

Olaf Wegner (PIRATEN) meint, Oppositionsfraktionen nähmen Anhörungen üblicherweise etwas anders wahr als regierungstragende Fraktionen.

Die Piratenfraktion beabsichtige mit ihrem Antrag natürlich nicht, dass von dem Geld, mit dem das Land die Investitionskostenförderung aufstocke, Personal bezahlt werde. Intention sei vielmehr, dass die Krankenhäuser das Geld, das sie als notwendig für ihr Personal ansähen, auch in ihr Personal stecken könnten.

Seine Fraktion habe Abstand davon genommen, von einer Zweckentfremdung der Mittel zu sprechen, weil diese Mittelverwendung im DRG-System völlig legal und üblich sei. Dennoch habe die Krankenhausgesellschaft in der Anhörung ausgeführt:

„Fazit: Es wird immer einmal wieder vorkommen, dass in der Güterabwägung Mittel, die wir gut für die Pflege benötigen könnten, zur Realisierung dringendster Bauprojekte aufgewandt werden.“

Genau für diese dringendsten Bauprojekte und nicht für das Personal müsse die Investitionskostenförderung verwandt werden. Dies sei die Intention, nicht eine „Zweckentfremdung“.

Sie wolle zur Aufklärung beitragen, so **Inge Howe (SPD)**: Die Personalkosten in den Krankenhäusern würden über die DRGs aus dem Personalstellenetat bezahlt, die Investitionskosten aus einem anderen Topf. Dies werde von den Häusern auch sauber auseinandergehalten.

Zur Wahrheit dazu gehöre Folgendes: Nachdem das ärztliche Personal in den letzten Jahren um 22 % aufgestockt worden sei, habe der Marburger Bund die „wunderbare“ Tarifsteigerung von 30 % ausgehandelt. Die damit verbundenen Kosten würden über den Pflegebereich kompensiert. Hier habe es jedoch nur 2 % mehr Personal gegeben, zwischendurch sogar einen Abbau zur Finanzierung der Arztstellen.

Dies sei ein Austausch von Positionen gewesen, konstatiert **Vorsitzender Günter Garbrecht**. Die abschließende Abstimmung über den Antrag folge nach der Sommerpause und den Abstimmungen in den Fraktionen am 28. September 2016.

